

Deutschland im Schuldensumpf

Dies ist der Titel des neuen Buches, das der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgerichts Paul Kirchhof (2012) vorgelegt hat. Paul Kirchhof sieht als Krisenbefund die stetig wachsenden Staatsschulden. Diese wurden verursacht durch die Ablösung des liberalen Leitbildes durch den Keynesianismus in den 70er Jahren. Der Keynesianismus propagierte, dass die auftretenden Konjunkturschwankungen durch die Staatshaushalte und vor allem durch Staatskredite gesteuert werden sollen. Der Staat verstand sich zunehmend als Infrastrukturstaat und als Wohlfahrtsstaat. „Diese Indienstnahme des Staatshaushaltes und insbesondere der Staatsverschuldung für eine antizyklische Budgetpolitik drängte den Staat, in wirtschaftlichen Krisen zusätzliche Staatsausgaben oder Steuersenkungen durch Kredit zu finanzieren, um eine zusätzliche Nachfrage zu schaffen, die dann mehr Beschäftigung und ein höheres Sozialprodukt zur Folge haben soll.“ (Kirchhof 2012/33)

Aufgrund dieser Grundannahmen ist die öffentliche Verschuldung permanent gestiegen. Dies hat sich in den 1980er Jahren auch nicht geändert, obwohl eine Abwendung vom Keynesianismus zugunsten einer Angebotspolitik stattfand. Als Grund kann die Aufbaulistung Deutsche Einheit angeführt werden. Im neuen Jahrtausend wurden zwar weltweit eine Liberalisierung und ein Schuldenabbau des Staates formuliert, aber gerade in dieser Phase stiegen die Staatsschulden, die Verstaatlichungsprogramme und die keynesianischen Konjunkturankurbelungen (z.B. Abwrackprämie).

Die Verschuldung macht den Staat handlungsunfähig und engt den ökonomischen Spielraum der Bürger massiv ein. Die aktuelle Finanzkrise hat diesen Prozess noch verschärft, da Deutschland über den Euro auch noch für andere Länder haften soll. „Der Finanzmarkt beansprucht vom Staat Finanzausweisungen, weil er den Kreditbedarf der Privatwirtschaft oder eines anderen Staates nicht befriedigen könne. Der Staat verweist auf seine überhöhte Verschuldung, die ihm weitere Finanzhilfen nicht erlaubt. Der Finanzmarkt bietet deshalb dem Staat verzinsliche Kredite an, die der Staat entgegennimmt, um die Kreditsumme dem Finanzmarkt zu geben. Der Finanzmarkt sucht sich für die so gewonnenen Finanzmittel einen möglichst verlässlichen Schuldner mit hohem unbefriedigtem Finanzbedarf, bietet das

Geld deshalb dem Staat oder staatlich getragenen Einrichtungen als Kredit an. Die kaum überschaubaren Verbindungen zwischen dem Finanzmarkt und den Staaten verstetigen diese Entwicklung. Gegenwärtig wird ersichtlich, dass die Zentralbanken hochverschuldete Euroländer mit so viel Geld versorgen, dass die verbleibenden Euroländer -insbesondere Deutschland- mit dreistelligen Milliardenbeträgen haften müssten, wenn diese Länder den Euroraum verlassen würden.“ (Kirchhof 2012/39)

Kirchhof plädiert für einen radikalen Abbau der Verschuldung, für das Verursacherprinzip, für die Beteiligung der Gläubiger an der Staatssanierung, für eine Herstellung des Rechts.

Konkret will er eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise zu beteiligen und aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit eine einmalige Transaktionssteuer. Er lehnt eine undifferenzierte Schuldenübernahme des deutschen Staates gegenüber finanzschwacher EU Staaten ab und betrachtet eine Schuldentilgung durch Inflation als eine unzulässige Enteignung der Sparer. „Wenn Staaten und Zentralbanken die Geldmenge dramatisch vermehren, den Geldmarkt mit Geld ‚fluten‘, sich außerdem teilweise die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigert, treibt diese Politik die Inflation an, erreicht damit eine Geldentwertung, die auch die Schulden der öffentlichen Hand vermindert. Die Geldeigentümer müssen dulden, dass der Tauschwert des Wertaufbewahrungsmittels ‚Geld‘ sich verringert.“ (Kirchhof 2012/206)

Kirchhof geht es in seinem auf dem Recht fußenden Ansatz vor allem um die Wiederherstellung in das Vertrauen des Rechtes und der Gerechtigkeit, er sieht die legitimatorische Basis der Gesellschaft bröckeln. Schulden werden nicht mehr beglichen, sondern über neue Schulden finanziert. Es wird zwar immer wieder angekündigt, dass die Schulden in der Hochkonjunktur zurück bezahlt werden, doch dies wird nicht eingehalten.

Insofern ist Kirchhof ein Vertreter der Schuldenbremse in der Verfassung. Es sollen keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Die Verträge von Maastricht sollen möglichst bald wieder eingehalten werden. Das Geben und Nehmen sollte wieder Grundsatz im öffentlichen Leben werden. „Staatliche Hilfen sollten auf Gegenseitigkeit gewährt werden. Auch die helfenden Staaten sind sanierungsbedürftig. Wenn Unternehmen und Staaten erfolgreich saniert sind, sollten sie –neben der Rückzahlung der Darlehen- an der Sanierung des

helfenden Staates durch unentgeltliche Lieferung ihrer Produkte, durch Zinsnachlass, durch Forderungsverzicht, durch unentgeltlich gewährte Kredite mitwirken. Wer fremde Früchte zur Eigensanierung genutzt hat, sollte den Sanierungserfolg als gemeinsame Frucht verteilen.“ (Kirchhof 2012/223) In diesen kurzen Andeutungen geht der Autor weit über die ökonomische Argumentation hinaus. Er belässt es bei kurzen Andeutungen, hier wären zusätzliche Begründungen und Beispiele hilfreich gewesen.

Kirchhof sieht das Anwachsen der Staatsverschuldung vor allem als eine Doktrin des Keynesianismus. Aber die weltweite Finanzkrise des Jahres 2008 hat auf marktradikaler Basis die Schulden weiter in die Höhe getrieben, den Rettungsschirm und Fiskalpakt hervor gebracht und die westlichen Industrieländer in eine generelle Legitimationskrise gestürzt sowie alle Lehrbuchweisheiten gründlich durchgeschüttelt. Aus diesem Grunde können die Vorschläge von Kirchhof nur erste Schritte sein.

Paul Kirchhof: Deutschland im Schuldensog. Der Weg vom Bürger zurück zum Bürger, München 2012